



Pressemitteilung

Ansbach, 13.07.2012

*Spätfolgen der Privatisierung: Kündigungswelle in ehemaligen städtischen Wohnungen*

ESW verkauft an Immobilienspekulanten – Mieter stehen ab 31. Juli auf der Straße

*Offene Linke: "Soziale Verantwortung erfordert kommunales Wohnungsbauprogramm"*

Vor gut zehn Jahren beschloss die damalige CSU/SPD-Stadtratsmehrheit, sämtliche kommunale Wohnungen, darunter zahlreiche Sozialwohnungen, zu verkaufen. Abnehmer waren kirchliche Wohnungsbaugesellschaften, darunter das Evangelische Siedlungswerk (ESW). Nach Ablauf der vereinbarten zehnjährigen Garantiepflcht begann das zu 95% im Besitz der Evangelischen Landeskirche Bayern befindliche ESW Ende 2011, den ehemals städtischen, sozialen Wohnraum mit Immobilienspekulanten zu handeln.

Das Beispiel des Gebäudes Würzburger Straße 41 zeigt nun die Spätfolgen der Privatisierungspolitik im Ansbach der Jahrtausendwende: Dort hat jetzt eine Kündigungswelle gegen die bisherigen MieterInnen eingesetzt: Bereits zum 31. Juli sollen sozial benachteiligte Mieter infolge dessen auf der Straße stehen. Der neue Besitzer, ein Dinkelsbühler Immobilienhändler, gehe laut den BewohnerInnen rücksichtslos mit den Menschen um, die oft seit mehreren Jahrzehnten in dem Haus leben. So hat etwa eine verzweifelte alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern ab 31. Juli keine neue Bleibe. In einem anderem Fall kann nur mit Mitteln aus dem Hilfsfond "Bürger in Not" der Umzug organisiert werden. Am 09.01.12 erklärte der neue Besitzer gegenüber FLZ noch, er wolle für die Betroffenen "Ersatzwohnungen stellen".

"Die Verscherbelung des Ansbacher Tafelsilbers für das schnelle Geld zeigt nun auch im Bereich der ehemals städtischen Wohnungen die negativen Folgen dieser kurzsichtigen Politik", betonte die Offene Linke: "Wir appellieren an die kirchlichen Unternehmen, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden anstatt ursprüngliche Sozialwohnungen zu Spekulationsobjekten zu machen." Dieses Gebaren treibe zudem die Mietpreise an der Rezat in immer weitere Höhen.

Die Stadt Ansbach wendet inzwischen jährlich knapp fünf Millionen Euro (Jahresergeb. 2010: 4,94 Mio) für die sog. "Kosten der Unterkunft (KdU)" nach dem SGB II, d.h. Mietkosten für sozial Benachteiligte, auf. Wohnungen im städtischen Besitz würden Minderung dieser Kosten bedeuten. "Soziale Verantwortung erfordert daher auch ein kommunales Wohnungsbauprogramm", strich das WählerInnen-Bündnis heraus und erinnerte an Art. 106 der bayerischen Verfassung. Dort heißt es: "Die Förderung des Bauens billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates *und der Gemeinden.*" "Die Realität in Ansbach ist von diesem Verfassungsgrundsatz weit entfernt. Das wollen wir ändern", so die Offene Linke abschließend.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat